



## **Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT**

—

Fraktion AfD

### **Einstellstopp verhindern: Personalentwicklung fördern - Organisation effizient gestalten**

Antrag Fraktion Die Linke - **Drs. 8/4578**

Der Landtag wolle beschließen:

### **Einstellungsstopp verhindern - Personalabbau mit Augenmaß**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

auf einen pauschalen Nachbesetzungsstopp zu verzichten.

### **Begründung**

Die beabsichtigte Verringerung von Landesausgaben durch einen pauschalen Einstellungsstopp für die gesamte Landesverwaltung ist keine verhältnismäßige Lösung. Zwar ist der Ansatz „geeignet“, jedoch weder erforderlich, da es mildere Mittel gibt, noch angemessen, da es mittelfristig zu einem Anstieg der Ausgaben für außerordentliche Personalwerbemaßnahmen in späteren Haushaltsjahren führen wird und viele weitere Aspekte negativ beeinflussen würde.

Ein globaler Einstellungsstopp für zwei Haushaltsjahre ist eine faktische Bankrotterklärung der Landesregierung auf Kosten der Bediensteten des Landes Sachsen-Anhalt. Die vermeintliche „Einsparung“ wird nur unter Hinnahme starker Verwerfungen im Leistungsbereich der öffentlichen, internen Landesverwaltung und Mehrarbeit auf den Schultern der Bediensteten erreicht.

***Hinweis:** Der Alternativantrag ist digital am 19.09.2024 um 15:30 Uhr eingegangen.*

(Ausgegeben am 19.09.2024)

Im Vergleich zu anderen Bundesländern leistet sich das Land Sachsen-Anhalt eine exorbitante große Personalausstattung. Mittlerweile liegen die Personalkosten bei 4,5 Milliarden Euro, also bei rund einem Drittel des Haushaltsvolumens; Tendenz weiter steigend. Hier muss zielgenau der Rotstift angesetzt werden statt eines pauschalen zweijährigen Einstellungsstopps.

Durch einen allgemeinen pauschalen Einstellungsstopp werden absehbar personalwirtschaftliche Lücken und weitere Risse in den ohnehin bereits uneinheitlichen Alterskohorten entstehen. Die derzeitigen Planungen der Landesregierung sehen nur das Ausnehmen von Teilen der Landesverwaltung vom Stellenstopp vor. Die relevante Personalerneuerung ist aber auch neben Polizeivollzugsbeamten, Lehrern und Laufbahnanwärtern geboten. Die öffentliche Personalwirtschaft erfordert zwingend eine kontinuierliche Ergänzung und Verjüngung. Anderenfalls sind Mehrbelastungen durch Ausfälle, Krankheitskosten und voraussichtlich auch durch Aufwendungen für zukünftige Personalgewinnungskampagnen und Werbeaktivitäten als Negativfolgen sicher erwartbar.

Ulrich Siegmund  
Fraktionsvorsitz